

Demonstration gegen die Tabakpolitik der Bundesregierung

Vor dem Bundeskanzleramt versammelten sich am 12. Februar 2003 etwa 100 engagierte Nichtraucher, um gegen die Tabakpolitik der Bundesregierung (und letztlich auch gegen die der Oppositionsparteien CDU/CSU und FDP) zu protestieren. Um den Profit der Tabakindustrie nicht zu gefährden, nehme die Bundesregierung Tag für Tag den Tod von 350 Menschen tatenlos hin. Sie alle sterben an den direkten Folgen des Rauchens. Im Jahr sind dies über 140.000 tabakbedingte Todesfälle.



Alle Redner - Johannes Spatz für das Forum Rauchfrei in Berlin, Friedrich Wiebel für das Aktionsbündnis Nichtraucher, Wolf-Rüdiger Horn als Suchtbeauftragter des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte sowie Palle Bentsen, Betriebsarzt des Auguste-Victoria-Krankenhauses in Berlin - forderten Bundeskanzler und Bundesregierung auf, ihre Position als Interessenvertreter der Tabakindustrie aufzugeben und sich ebenso wie die Mehrheit der europäischen Staaten für eine weltweite Rahmen-Konvention zur Tabakkontrolle einzusetzen. Durch ihre ablehnende Haltung zu einem umfassenden Tabakwerbeverbot habe die Bundesregierung bislang einen internationalen Konsens boykottiert und sich europaweit isoliert.

Die Tabakindustrie führe einen Krieg gegen die Gesundheit, der entscheidend dazu beitrage, Gesundheit nicht mehr bezahlbar zu machen. Es sei absurd, den Vertrieb von Produkten zu fördern, die bei bestimmungsgemäßem Gebrauch mehr Menschenleben fordere als Aids, Alkohol, illegale Drogen, Verkehrsunfälle, Morde und Suizide zusammen. Die Bundesregierung habe den Auftrag, Gesundheit und Menschenleben zu schützen. Das Wohl der Bürger müsse nun endlich einen höheren Stellenwert erhalten als die ökonomischen Interessen der Tabakindustrie.



Da der Bundeskanzler zum Zeitpunkt der Veranstaltung nicht in Berlin weilte, konnte die Mappe mit den Unterschriften zu Gunsten von staatlichen Maßnahmen zur Verringerung des Tabakkonsums nur symbolisch übergeben werden. Sie wird den Kanzler (hoffentlich) auf dem Dienstweg erreichen.

Dr. Wolfgang Schwarz